

HILTRUP

HEUTE und MORGEN

Aus dem Rat

Christian Jung

CDU steht auf dem Prüfstand

Inzwischen ist es fast endgültig beschlossene Sache: die Marktallee wird zu einem Einkaufsparadies, Hiltrup wird unabhängig. Nur so lassen sich die Grundsatzserklärungen der CDU-Rathausparlamentarier verstehen, als am 10. April im Planungsausschuß der Stadt Münster über ein dickes Paket von "Bedenken und Anregungen" zur Planung der Marktallee entschieden wurde. Die Einzelheiten der Planung sind äußerst kompliziert, weil fast jeder der Grundstückseigentümer in seinen Interessen betroffen ist. Deshalb mußte die ganze Planung auch insgesamt zweimal offengelegt werden (da nach dem ersten Durchgang so viele Änderungen akzeptiert wurden). Bei derartig viel Interessenwiderstreit war es natürlich auch der Verwaltung nicht möglich, im Einzelfall Entscheidungen vorzuschlagen, die als mögliche Kompromisse hätten akzeptiert werden können.

Es geht um Verbesserung der Lebensbedingungen

Der entscheidende Unterschied liegt aber nicht in Einzelheiten, sondern in den verschiedenen Auffassungen darüber, wie sich der Ortskern von Hiltrup in Zukunft entwickeln soll. Verwaltung und CDU wollen durch die Festsetzungen in dem Bebauungsplan den Einzelhandel und das Gewerbe an der Marktallee stärken. Dieses Planungsziel hat zur Konsequenz, daß dann teilweise die Umwandlung von bisherigem Wohnraum in gewerblich genutzte Flächen und die intensivere bauliche Nutzung der einzelnen

Marktallee

=

HILTRUP CITY??

Grundstücke möglich wäre. Als Folge davon muß im gesamten Ortskern mehr Parkraum geschaffen werden, einschließlich der damit verbundenen Zufahrten.

Eine andere Position haben zahlreiche einzelne Bürger Hiltrups, der Ortsverein der SPD, vor allem auch Theo Dopheide und verschiedene Umweltverbände, ebenso wie die GAL eingenommen: mehr Grün in den Bereich des Ortskerns von Hiltrup, Schutz und Verbesserung des Wohnungsbestandes, Verringerung der für den PKW-Verkehr vorgesehenen Flächen und ebenso der Erhalt der älteren, schutzwürdigen Gebäude entlang der Marktallee.

„Es ist die Wende nach rückwärts“

Geschlossen lehnte die CDU diese Einwände ab. Sie wollte sich nicht auf den Standpunkt einlassen, daß in Hiltrup die Konzentration von Gewerbe und Einzelhandel nun ihre Grenze erreicht hat. Die CDU will Hiltrup-City, auch auf Kosten von Lebensqualität.

Von Zeit zu Zeit geraten die Glasurit-Werke der BASF in die Schlagzeilen der örtlichen Presse:

Ungeklärte Chemikalien im Emmerbach, Verarbeitung krebserregender Stoffe, alarmierende Überlastung der werkseigenen Kläranlage durch Auftreten von Lösungsmitteln in unerwartet hohen Mengen - so lauteten Meldungen in der jüngsten Vergangenheit.

Fritz Rolf Baur

Fahrzeuge mit gefährlichen Gütern

Die chemischen Stoffe, die BASF verarbeitet, bereiten nicht nur auf dem Werks Gelände oder beim Abwasser Sorgen. Mindestens ebenso problematisch ist bereits die Anlieferung der Chemikalien, die in großen Mengen benötigt werden. Wie der Hiltruper Lokalpresse vor einiger Zeit zu entnehmen war, rollen bis zu 30 LKW täglich mit gefährlicher Fracht mitten durch den Hiltruper Ortskern.

Diese Frachten summieren sich so jährlich zur gewaltigen Menge von nun etwa 80.000 Tonnen "entzündbarer Stoffe", die mittels 6.500 LKW über Westfalenstraße und Marktallee zum Glasuritwerk transportiert werden. Ein einziger Unfall auf der belebten Marktallee kann so unabsehbare Folgen und Dauerschäden bei einer großen Anzahl von Personen nach sich ziehen. Nach der "Gefahrgutverordnung Straße" sollen bei der Beförderung bestimmter gefährlicher Güter jedoch die Fahrwege möglichst so gewählt werden, daß dicht besiedelte Wohngebiete möglichst umfahren werden. Wer wollte bestreiten, daß die Route der Glasuritanlieferer im Gegenteil genau mitten durch das dicht besiedelte Wohngebiet führt?

Abhilfe ließe sich hier auf dreierlei Art schaffen. Es sollte zum einen angestrebt werden, den vorhandenen, jedoch noch weitgehend ungenutzten Bahnanschluß der Glasuritwerke zu aktivieren. Denn auf Bundesebene wird im Durchschnitt etwa die Hälfte aller gefährlichen Transporte über die Bahn abgewickelt, warum sollte dies nicht auch bei Glasurit möglich sein?

Der zweitwichtigste Verkehrsträger für gefährliche Stoffe ist die Binnenschifffahrt mit knapp einem Drittel des Gesamtaufkommens. Auch dieser Weg ließe sich für die Glasuritwerke leicht nutzen, da der Dortmund-Ems-Kanal in unmittelbarer Werksnähe verläuft.

Verbleibt schließlich an letzter Stelle die Straße mit einem knappen Fünftel der gefährlichen Transporte. Wenn nach dieser Modellrechnung die verbliebenen etwa 1300 LKW (heute 6.500!) weiterhin auf die Straße angewiesen sind, so muß die Fahrtroute ebenfalls die Wohnbereiche weitestgehend meiden. Das ist in Hiltrup derzeit nicht möglich.

Seit Jahren liegt nun die Planung der sogenannten "Glasuritstraße" vor und führt nach wie vor ein Schattendasein. Die Glasuritstraße könnte als direkte Verbindung zwischen Westfalenstraße und den Glasuritwerken südlich des Hiltruper Ortskerns sowohl der Aufnahme der werkseigenen Transporte dienen und ebenso als innerörtliche Umgehungsstraße fungieren. Damit wäre die Marktallee nicht als Durchgangsstraße erforderlich. Das gilt ebenso für die "heimliche Umgehung" Hiltrups, die Straße "Zum Hiltruper See", die zunehmend als eine Abkürzung für den Verkehr zwischen der Westfalenstraße und dem Osttor benutzt. Sehr häufig - obwohl durchgängig mit 50 km/h-Schildern versehen - wird diese Umgehung auch als unkontrollierte Rennstrecke mißbraucht. Auch diese "heimliche Umgehung" würde durch die Glasuritstraße zumindest für den Durchgangsverkehr nicht mehr benötigt, sie könnte deshalb für diesen Verkehr gesperrt werden.

Aus all dem ziehen die Hiltruper Sozialdemokraten die folgende Konsequenz:

Die gefährlichen Transportgüter der Glasuritwerke gehören weitestgehend auf den Kanal und die Bundesbahn, weiterhin ist die Glasuritstraße vordringlich zu bauen. Bis heute sind die in den Zeitungen angekündigten Gespräche zwischen der Bundesbahn und den Glasuritwerken anscheinend ergebnislos verlaufen, denn über die Nutzungsmöglichkeit des Dortmund-Ems-Kanales war bislang überhaupt nichts zu hören. Es muß hier weiter nachgehakt werden:

Der Transport gefährlicher Güter auf Schwerlastern darf nicht noch länger eine ständige Gefahrenquelle für die Passanten und für die Anwohner Marktallee bleiben!



Fritz-Rolf Baur

Initiative vor Ort :

Wie die verschiedenen Untersuchungen in den letzten Jahre eindeutig und von niemandem ernsthaft widersprochen belegen, ist die Hiltruper Luft besonders stark mit Umweltchemikalien belastet. Auch die Bevölkerung von Hiltrup stellt dieses mit Besorgnis fest, was sich in dem großen Interesse widerspiegelt, das die Hiltruper Sozialdemokraten mit ihrer Informationsveranstaltung zur "Luftverschmutzung in Hiltrup" im Februar d. J. hervorriefen. Der für eine politische Versammlung erfreulich rege Zuspruch veranlaßte so die SPD, schon jetzt für den Anfang 1987 eine weitere Bürgerversammlung zu planen. Dann muß wieder darüber gesprochen werden, wie die verantwortlichen Behörden und Unternehmen den Gefährdungen konkret entgegen treten. Dies erscheint schon deshalb besonders wichtig, weil bereits jetzt zu erkennen ist, daß die Stadt zwar auch in Zukunft Messungen vorzunehmen gedenkt, aber

Thema Umwelt

diese auf einige wenige Stoffe beschränken. Der gesamte Bereich der organischen Verbindungen wird trotz entsprechender Anträge der SPD nach dem Willen der CDU nämlich nicht in die Messungen aufgenommen. Dieses gilt ebenso für Fluor. Fluor ist ein Stoff, der in Hiltrup besonders Probleme macht. So werden nach wie vor die von der Luftverschmutzung ausgehenden Gefahren von der CDU unterschätzt.

"Umweltchemikalien müssen aber in einem viel stärkerem Maße als mögliche Ursache für chronische Erkrankungen in Betracht gezogen werden", in dieser Weise äußerte sich kürzlich der angesehene Toxikologe Prof. Wassermann in der renommierten Zeitschrift "öffentliches Gesundheitswesen".

Die Bevölkerung und die Fachleute sind längst sensibilisiert - wann können wir dies auch von der CDU sagen?

Erst nach dem tragischen Verkehrsunfall in der "Lange Straße", bei dem kürzlich ein Kind schwer verletzt wurde, war die CDU-Hiltrup bereit, die seit über 10 Jahre währenden Bemühungen der Hiltruper SPD zur Hebung der Sicherheit in der "Lange Straße" zu unterstützen. Nachdem die CDU Anträge der SPD zur Verkehrsberuhigung in der Vergangenheit stets rundweg ablehnte - sie sprach dies bezüglich sogar von einer Verkehrsberuhigungshysterie der SPD - war es erst nach dem besagten Unfall möglich, die von den Anwohnern geforderte Sperrung "Lange Straße" für den Durchgangsverkehr zu erreichen (Motto: erst muß das Kind in den Brunnen gefallen sein).

Wer nun aber glaubt, die CDU habe dazugelernt, sah sich bitter getäuscht. Die Einrichtung einer 30-km/h-Zone, den Bürgern von der CDU versprochen (!!!), scheiterte in der Bezirksvertretung an der CDU. Den diesbezüglichen SPD-Antrag lehnte die CDU mit ihrer Stimmenmehrheit in alt bekannter Manier ab!!!

Nicht etwa, daß die CDU ob der Bürgertäuschung verschämt in die Ecke kroch, nein, sie trat die Flucht nach vorne an. Sie versuchte sich nun mit ihren Werbeschildern

dem "Freiwillig Tempo 30" in geradezu unverfrorener Weise als Retterin der "Lange Straße" aufzuspielen und beschimpft die SPD obendrein noch als "Nichtstuerin und Nurtönerin".

CDU-Politik Lange Straße

ist
unredlich

Willi Lohmann

Dem Leser bleibt es nun überlassen, dieses Verhalten der CDU zu beurteilen. Festzustellen ist: Bei anderen Mehrheitsverhältnissen wäre in der Bezirksvertretung bürgernah entschieden worden und die Verkehrslage in der "Lange Straße" durch die zusätzlich zur Sperrung eingerichtete 30-km/h-Zone endgültig entspannt worden.

Kindergarten Emmerbachtal

"UNGEHEURES SPANNUNGSVERHÄLTNIS IM KINDERGARTEN EMMERBACHTAL",
 "ELTERNRAT TRAT KOMPLETT ZURÜCK",
 "ÜBER LEITERIN HERGEFALLEN",
 "EINE HETZKAMPANIE".

Diese und ähnliche Überschriften beherrschten einige Tage die Lokalseiten der Münsterschen Zeitung. In der Öffentlichkeit entstand der Eindruck einer heillosen Verwirrung, einer völligen Zerrüttung der Zustände im städtischen Kindergarten "Emmerbachtal". Dieser Eindruck wird der Situation freilich kaum gerecht.

Das Grundproblem des Kindergartens war in der Vergangenheit die mangelnde fachliche und vor allem die persönliche Zusammenarbeit des Kindergartenteams - es ist müßig an dieser Stelle über die Gründe hierfür zu sinnieren. Das Problem hätte sich jedenfalls verwaltungsintern lösen lassen, wenn die dem Jugendamt der Stadt längst deutlich gewordene und sich zuspitzende Problematik rechtzeitig und ernsthaftig angegangen worden wäre. Gerade dies war aber nach dem Eindruck des Elternrates und auch der Elternversammlung des Kindergartens nicht der Fall. Die weitgehende Bewegungslosigkeit der Verwaltung hatte letztlich den Anlaß für den Rücktritt des Elternrates und die Weigerung der Elternversammlung gegeben, den neuen Elternrat zu wählen.

Mittlerweile haben sich diese Wogen nach innen und aussen geglättet. Es besteht berechnete Aussicht auf Abbau der aufgetretenen Spannungen und die Wiederkehr eines aufgeschlossenen Klimas des Kindergartenteams. Äußeres Zeichen dafür ist die mittlerweile durchgeführte Wahl des neuen Elternrates.

Ungeklärt aber ist immer noch die Frage, ob in Hilstrup-Ost, vor allem im Emmerbachtal, genügend Kindergartenplätze angeboten werden. Die aktuellen Anmeldezahlen sprechen dagegen. Schon jetzt steht mit Sicherheit fest, daß längst nicht alle Kinder, auch solche nicht, die bereits 4

Jahre alt sind, im Kindergarten "Emmerbachtal" aufgenommen werden können.

Dies widerspricht der Forderung des Kindergartengesetzes, wonach Kinder ab drei Jahren Anspruch auf Betreuung in einem Kindergarten haben. Die Anmeldezahlen sprechen auch dagegen, daß im Wohngebiet Emmerbachtal tatsächlich für mindestens 75 % der dort wohnenden Kinder Kindergartenplätze bereitstehen.

Damit stellt sich die Frage nach der Errichtung einer weiteren Kindergartengruppe. Fest steht ebenso, daß der kirchliche Marien-Kindergarten (ebenfalls in Hilstrup-Ost) die nicht aufgenommenen Kinder nicht alle berücksichtigen kann. Denn es gibt auch dort eine Warteliste, auch dort wird es nicht möglich, alle Anmeldungen positiv zu beantworten.

Die Problematik wird durch die Ausweisung des neuen Baugebietes "Herzkamp" noch weiter verschärft. Es werden sich in absehbarer Zeit dort Familien ansiedeln, deren Kinder ebenfalls einen Kindergartenplatz beanspruchen können.

Es ist an der Zeit, für Hilstrup-Ost eine mittelfristige Bedarfsschätzung zu erstellen. Hier ist die Stadt gefordert, die berechtigten Belange der betroffenen Eltern und Kinder zu entsprechen.

Worte und Taten der Rechtskoalition

So klang es in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl: „Wir verlangen die notwendigen Opfer nicht von den Einkommensschwachen, sondern von denen, denen diese Opfer zugemutet werden können.“ So weit die Worte, hier die Taten:

Die „größte Steuerentlastung aller Zeiten“: Ein Verheirateter, der 240 000 Mark im Jahr zu versteuern hat, zahlt jährlich 7 224 Mark weniger. Ein Verheirateter dagegen, der jährlich 35 000 Mark versteuert, zahlt nur 144 Mark weniger. Das sind 12 Mark weniger Steuern im Monat – „größte Steuerentlastung aller Zeiten“? Der Spitzenverdiener wird ungefähr fünfzig mal so stark entlastet wie der normale Verdienende!

Also, die Koalition setzt ihren Kurs der Umverteilung von unten nach oben fort. Wer hat, dem wird gegeben. ☐

 IMPRESSUM Auflage: 6900
 HERAUSGEBER: **SPD** -Ortsverein Hilstrup Lodenweg 11
 MITHERAUSGEBER: -Fraktion der Bezirksvertretung
 REDAKTION: Jürgen Wimber + (verantw.) Jürgen Schraeder

Henni Hohage, SPD-Ratsfrau aus Hilstrup

Vennheideweg Westfalenstraße Hohe Geest

Am 11. März führte die SPD-Hilstrup eine Bürgerversammlung in der Gaststätte Venne-
mann durch. Die Anregungen dieser Bürger
trug die SPD wie folgt dem Stadtplanungs-
rat vor:

Die Anlieger des Wohngebiets Vennheide/
Westfalenstraße/Hohe Geest, sprachen sich
einstimmig für den Ausbau der Kreuzung Mer-
kureck/ Westfalenstraße in der 1. Priori-
tät aus. Ein vierspuriger Ausbau der West-
falenstraße wurde nicht von den Bürgern
für notwendig erachtet. Sie begründeten
ihre Auffassung wie folgt:

.....Ein vierspuriger Ausbau be-
deutet für die Anwohner der Westfalenstra-
ße, sowie für die dahinterliegenden Anwoh-
ner der Hohen Geest eine erhöhte Lärmbelä-
stigung, weil ein erweiterter Ausbau der
Straße wieder mehr Verkehrsteilnehmer an-
zieht und zu überhöhten Geschwindigkeiten
verleitet.

.....Die Belastung sowohl des
Grundwassers als auch der Umwelt wird bei
4-spurigem Ausbau der Westfalenstraße aus
den obengenannten Gründen vermutlich noch
stärker.

.....Der vierspurige Ausbau der
Westfalenstraße verschiebt das Problem
der Staus nur bis zum Merkureck.

.....Es sollte kein autobahnähnli-
cher Ausbau einer Straße bis vor einen
Ortskern erfolgen.

.....Durch die Kreuzung Merkureck
mit Ampelanlage und Rechts- und Linksab-
biegerspur wird der stadtauswärtsfließen-
de Verkehr in genügendem Maß entzerrt.

Die anwesenden Bürger/innen hielten eine
zusätzliche Kreuzung Biel Esch/Hohe Geest
für völlig überflüssig. Insbesondere die
Bewohner aus Vennheide sprachen sich ge-
gen eine Verlegung dieser Straße aus. Die
Anwohner der Hohen Geest befürchten eine
zusätzliche Lärmbelästigung durch Staus
vor der geplanten Ampelanlage. Die Bewoh-
ner beider Wohngebiete wünschen seit Jah-
ren eine Verkehrsberuhigung. Durch den
Ausbau der neuen Kreuzung wird nach ihrer
Meinung das genaue Gegenteil erreicht.

Sie führten dabei die folgenden Argumente
an:

..... Die Bewohner des Vennheide-
wegs sehen keine andere Möglichkeit, ihr
Wohngebiet zu beruhigen, als die Sperrung
des Vennheidewegs in Höhe der Kreuzung
Grafschaft, selbst unter der Maßgabe, daß
einzelne Anwohner erhebliche Umwege in
Kauf nehmen müssen.

..... Eine Verlegung des Vennheide-
wegs würde sich dadurch erübrigen. Die
heutige Verkehrsbelastung der Straße, ins-
besondere in Höhe der Wasserspeicher, er-
gibt sich aus der starken Nutzung durch
den Fremdverkehr (ca. 280 Fahrzeuge in
der Verkehrsspitze). Durch den Anlieger-
verkehr wird sich diese Belastung auf ein
Minimum reduzieren.

..... Die Bewohner der Hohen Geest
nehmen gerne den Umweg über die Kreuzung
Merkureck in Kauf, da hierdurch ihr Wohn-
gebiet entlastet wird. Sie empfinden den
Umweg keineswegs als Zumutung.

..... Sie empfinden selbst die Nut-
zung der Straße "Hohe Geest" als Zufahrt
zum Gewerbegebiet Sonnenbergweg und der
Firma Joest im Vergleich zum heutigen Ver-
kehrsaufkommen als Verbesserung.

Die anwesenden Bürger hielten neben der
konkreten Planung des Ausbaus der Westfa-
lenstraße den planfreien Ausbau der Kreu-
zung Hammer Straße/ Umgehungsstraße für
erheblich wichtiger, da dort letztendlich
der morgendliche Stau stadteinwärts grund-
gelegt sei.

STADTBAURAT
MIT EIGENARTIGER EINSTELLUNG

Auf die Zusendung der Liste mit 37 Un-
terschriften vom 12.03.1986 mit den 3
wichtigsten Kernpunkten, die sich aus
der Diskussion des Abends ergaben,
antwortete Herr Stadtbaurat Rupprecht
unter anderem "Nach dem Zeitungsbe-
richt, der inzwischen über die Bürger-
versammlung Ihrer Partei erschienen
ist, muß ich annehmen, daß weit mehr
Bürger den Saal bei Vennemann gefüllt
haben. Ich möchte es deshalb dahinge-
stellt sein lassen, ob die Meinungs-
äußerungen von 37 Teilnehmern reprä-
sentativ ist für die Meinung einer
überwiegenden Zahl von Bürgern."

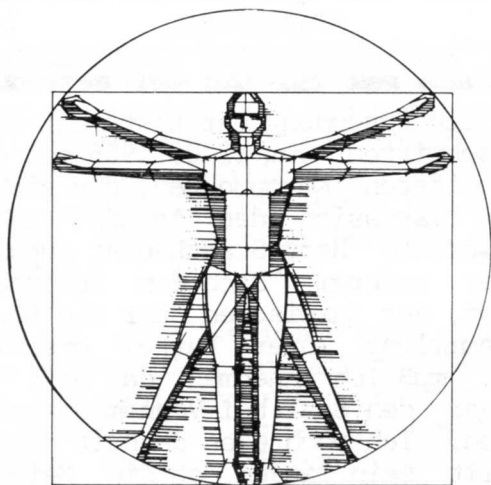
Wir werden Sie auf jeden Fall auf den Ter-
min der Offenlegung hinweisen, damit Sie
Gelegenheit haben, Ihre Bedenken und Mei-
nungen der Stadt mitzuteilen.

Gentechnologie, sicher ein heißes Eisen und ein aktuelles Thema. Aber sind nicht die Politiker in Bonn für den richtigen Umgang mit diesen wissenschaftlichen Erkenntnissen zuständig?

Wolf-Michael Catenhusen, 40 Jahre alt, evangelisch, verheiratet und Vater von zwei Kindern, ist so ein Politiker. Eigentlich ist er Studienrat für Latein und Geschichte, aber seit fünf Jahren ist der Münsteraner für die SPD im Bundestag. Dort leitet er unter anderem die Enquete-Kommission Gentechnologie. Wie kommt ausgerechnet ein Lateinlehrer zu einer solchen Aufgabe?

Catenhusen erzählt: "Ich habe mich immer schon für Naturwissenschaften interessiert. Durch die Veröffentlichungen einiger Journalisten wurde ich auf die Fragen der Gentechnologie aufmerksam. Ich wollte wissen, was an diesen Schreckensvisionen dran ist, die einige an die Wand malten, oder ob die Hoffnungen, die andere in den neuen Forschungsbereich setzten, berechtigt sind. Ich informierte mich drei Jahre so gut es ging. Ich merkte, daß auch wir im Bundestag versuchen müssen, präzise zu bestimmen, wo die Chancen oder Risiken dieser Technik liegen könnten."

Wenn sich nicht einzelne Abgeordnete mit diesem Thema auseinandersetzen würden, so meint er, hätte die Problematik der Gentechnologie wohl kaum eine Chance sich neben den aktuellen Fragen der Tagespolitik zu behaupten.



Auf meine Frage nach seiner persönlichen Einschätzung der Forschungssituation entgegnet er: "Ich kann die Gentechnologie nicht schwarz oder weiß sehen. Es gibt Anwendungsmöglichkeiten, die wohl konkreten

Aus: Contrapunkt Januar/Februar 1986

H.-J. Schnorre

Freiheit der Forschung der Menschenwürde unterordnen



»contrapunkt«-Gespräch mit
Wolf-Michael Catenhusen, Vorsitzender der Enquete-Kommission Gentechnologie im Deutschen Bundestag

Nutzen für viele Menschen haben. Zum Beispiel könnten mit ihrer Hilfe bessere Methoden zum Verständnis von Krebs gefunden werden. Oder es könnten neue Medikamente und Impfstoffe entwickelt werden. Ebenso jagt mir auch die mögliche Verbesserung von Nahrungsmitteln keinen Schauer über den Rücken.

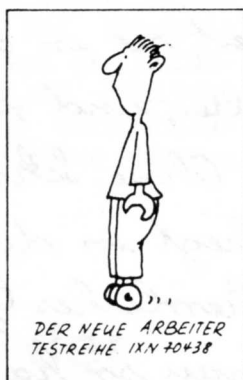
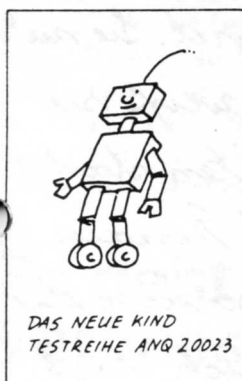
Es gibt aber daneben Dinge, die mir persönlich große Sorgen machen. Da ist zum einen die Möglichkeit, daß der Mensch Bakterien, Pflanzen und Tiere unkonstruiert und in die Natur entläßt, um die uralte natürliche Ordnung von Pflanzen- und Tiersystemen zu verändern. Diese Natur, die der Mensch konstruiert, wird, wie ich glaube, genauso fehlerhaft und gefährlich sein, wie es der Mensch selber ist."

Ein zweiter Punkt, der Catenhusen Sorgen bereitet, ist die mögliche Anwendung gentechnologischer Methoden am Menschen. Man könnte die Analyse der Erbinformationen, wenn sie nur perfektioniert sind, dazu benutzen "lebenswertes" Leben von "lebensunwertem" Leben zu trennen. Dann würde ein Ehepaar, das sich entscheidet ein krankes Kind zur Welt zu bringen, unweigerlich unter großen gesellschaftlichen Druck geraten. Catenhusen wörtlich: "Eine Anwendung dieser Technik auf den Menschen kann das Einfallstor dazu bieten den Menschen nach dem Bilde des Menschen zu verbessern. Diese Entwicklung möchte ich schon in den Anfängen stoppen. Hier darf man nicht warten, bis solches technisch machbar ist."

Es gibt noch einen dritten Bereich, der dem Politiker großes Unbehagen bereitet: "Man kann diese Technik, genau wie alle anderen, auch militärisch nutzen. Heute existierende biologische Waffen, die etwa todbringende Krankheiten verbreiten, sind schon schlimm genug.

Aber es ist auch schwer mit dem Wissen von heute dauerhafte Maßstäbe zu setzen, was an dieser Technik gut oder schlecht ist. Wir müssen sie zwar heute schon nach bestem Wissen und Gewissen beurteilen, bewerten und notfalls auch gesetzliche Vorkehrungen treffen", aber gleichzeitig, so Catenhusen, müsse ein jeder ständig dazu bereit sein, seine Einstellung im positiven oder negativen zu verändern, wenn die Forschung voranschreitet und es sich neue Aspekte ergeben. Er könne daher auch kein Anhänger der Forderung sein, die Genforschung generell zu verbieten.

Doch dürfe man sich heute auch nicht naiv auf die Wertfreiheit der Forschung verlassen, da viele Industriezweige sehr an der Vermarktung der neuen Techniken interessiert seien. Wissenschaft und Industrie dürfen nicht entscheiden, was an der Gentechnologie ethisch vertretbar sei. Da wo die Wissenschaft einen Menschen zum Forschungsgegenstand habe, sei die Freiheit der Forschung dem Grundrecht der Menschenwürde unterzuordnen.



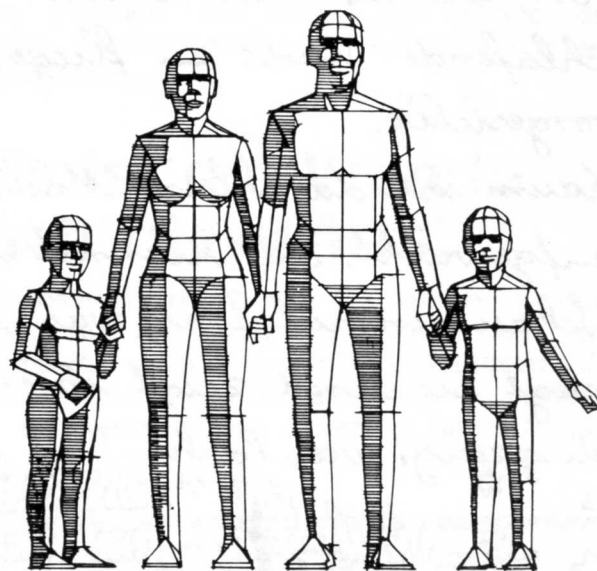
Es ist nicht einfach in einer parlamentarischen Demokratie mit so schwierigen und umstrittenen Themen schnell und richtig genug umzugehen. Es geht nur dadurch, so Catenhusen, daß sich einzelne Abgeordnete informieren und engagieren. So habe auch die Enquete-Kommission Gentechnologie eine Stellvertreterrolle für das ganze Parlament.

Doch nicht nur die Politiker sind hier gefragt. Catenhusen: "Jungen Menschen würde ich raten: Mischt euch ein! Ihr könnt nun



nicht alle zu Genwissenschaftlern werden, aber versucht euch zu informieren, was es in diesem Bereich an Problemen gibt. Macht euch die große Mühe euch mit der Materie auseinanderzusetzen, sodaß ihr fähig seid das zu verstehen, was die Wissenschaftler überhaupt sagen, und versucht dann mit anderen zu diskutieren.

Sollte unsere Enquete-Kommission zu Empfehlungen kommen, die die Anwendung der Gentechnologie einschränken will, kann dies nur dann Erfolg haben, wenn unsere politischen Entscheidungsträger spüren, daß die Kommission Unterstützung von der Öffentlichkeit bekommt. Diese Aufgabe gilt allen, nicht nur Experten. Die sind genauso große Dilletanten wie wir alle, sobald es notwendig ist, die gesellschaftlichen Folgen ihres Handelns abzuwägen. Ich halte es für zwingend notwendig, daß unsere Gesellschaft die Grenzen für eine positiven Anwendung der Gentechnologie findet. Wir müssen einen Weg finden, mit den Folgen unseres "Immer-mehr-wissens" richtig umzugehen. Und wenn es hier wirklich um Fragen der ethischen Grundvorstellungen und christlicher Werte geht, dann muß eine Gesellschaft wie die Bundesrepublik auch den Mut haben, Entscheidungen zu treffen, welche sich von denen anderer Länder notfalls unterscheiden.



Kinder-leite

Tini und ihr Traum vom Fliegen

Tini ist ein kleines 7-jähriges Mädchen. Sie weiß schon ganz genau, daß sie später einmal Pilotin werden will. Mit ihren Eltern hat sie sich einmal einen Flughafen angeschaut, und seitdem guckt sie sehnsuchtsvoll jedem Flugzeug nach, das sie am Himmel entdeckt. Eines Tages wird sie mit so einem großen silbernen Vogel fliegen, und er wird genau das tun, was sie will, da ist das kleine Mädchen ganz sicher.

In einer warmen Sommernacht wird Tini wach und wundert sich über das helle Licht in ihrem Zimmer. Da sieht sie im Garten vor ihrem offenen Fenster ein kleines Flugzeug stehen, dessen Scheinwerfer genau in ihr Zimmer leuchten. Aufgeregt läuft Tini in den Garten. Niemand ist zu sehen, Tini ist mit dem Flugzeug ganz allein. Schnell klettert sie in das Cockpit. Sie sieht viele verschiedene Knöpfe und Schalter, und plötzlich weiß sie ganz genau, was sie tun muß. Ohne Schwierigkeiten startet sie das kleine Flugzeug und fliegt in die Nacht hinaus. - Oh, wie ist das schön! Ein herrliches Gefühl, so über die schlafende Stadt zu fliegen, genau so hat Tini sich das vorgestellt.

Kaum ist das kleine Mädchen spät am anderen Morgen aufgewacht, da kommt ihre Mutter in ihr Zimmer.

„Schau einmal, Tini, was ich im Garten gefunden habe,“ sagt sie und zeigt ihrer Tochter ein kleines Spielzeugflugzeug. Da lacht Tini und steht schnell auf.

